



Niederschrift Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen (Sitzung AUL/003/2006)

am 31.08.2006	von 15:00 Uhr bis 17:20 Uhr
im Sitzungsraum des Verwaltungsgebäudes auf der Zentraldeponie Leppe, 51789 Lindlar-Remshagen	

Teilnehmer:

Vorsitz
Reinhold Müller

Mitglieder		Bemerkungen
Müller, Reinhold	FDP/FWO	
Ahus, Margit	CDU	
Dreiner-Wirz, Jürgen	SPD	
Hennlein, Jürgen	SPD	
Karthaus, Gero Dr.	SPD	
Kuech, Hans Willi	CDU	
Müller, Günter	CDU	
Schäfer, Helmut	GRÜNE	
Schäfer, Rolf	CDU	
Schramm, Karl-Heinz	SPD	
Schuffert, Wolfgang	CDU	
Willmer, Thomas	CDU	
Lambeck, Ernst Oskar	UWG	
Eßer, Paul	CDU	Vertretung für Herrn Hans Helmut Mertens
Gatz, Christoph	FDP/FWO	Vertretung für Herrn Dr. Friedrich Wilke
Sax, Siegfried	CDU	Vertretung für Herrn Willi Büchler
Theuer, Annelie	SPD	Vertretung für Herrn Rolf Kühn

Entschuldigte Mitglieder		
Wilke, Friedrich Dr.	FDP/FWO	
Büchler, Willi	CDU	
Kühr, Rolf	SPD	
Mertens, Hans Helmut	CDU	

Teilnehmer Verwaltung
Dr. Christian Dickschen Uwe Stranz Dr. Hans-Georg Franchy Rainer Ludwigs Uwe Willer

Gäste:
Monika Lichtinghagen-Wirths, Geschäftsführerin des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes (BAV)

Die Niederschrift führt Tobias Wieber.

Der Ausschussvorsitzende Reinhold Müller eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Herr Müller stellt fest,

1. dass unter dem 17.08.2006 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von dem Ausschussmitglied Helmut Schäfer mit un-
terzeichnet wird.

Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 21.08.2006 wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
2	Deponienachsorge und Folgenutzung der Zentraldeponie Leppe hier: Bericht über die Deponienachsorge sowie Darstellung des Projektansatzes :metabolon [zukunft leppe] im Kontext der :gärten der technik im Rahmen der Regionale 2010 durch die Geschäftsführerin des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes Monika Lichtinghagen-Wirths	
3	Fortsetzung der Landschaftsplanung im Oberbergischen Kreis ab 2006/2007	0187/2006/V
4	Anträge	
5	Anfragen	
5.1	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.08.2006: "Ablagerungen von Straßenbauabfällen in oberbergischen Wäldern"	0193/2006/III
6	Mitteilungen	
B Nichtöffentlicher Teil		
7	Anträge	
8	Anfragen	
9	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil

Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine Einwohnerfrage vorliegt.	

<p>Zu TOP 2:</p>	<p>Deponienachsorge und Folgenutzung der Zentraldeponie Leppe hier: Bericht über die Deponienachsorge sowie Darstellung des Projektansatzes :metabolon [zukunft leppe] im Kontext der :gärten der technik im Rahmen der Regionale 2010 durch die Geschäftsführerin des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes Monika Lichtinghagen-Wirths</p>	
	<p>Die Geschäftsführerin des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes, Frau Lichtinghagen-Wirths, begrüßt die Ausschussmitglieder auf dem Gelände der Zentraldeponie Leppe.</p> <p>Sie erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die historische Entwicklung der Leppe-Deponie seit deren Inbetriebnahme 1982, die Notwendigkeit der Nachsorge sowie Ideen des Projektansatzes :metabolon zur zukünftigen Nutzung als Kompetenzzentrum, Lern- und Innovationsort für Stoffumwandlung [Metabolismus] und standortbezogene Umwelttechnologie und -techniken im Kontext der :gärten der technik Im Rahmen der Regionale 2010.</p> <p>Die ausgedruckte Präsentation sowie die ausgelegten Informationsmaterialien sind als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.</p> <p>(Weitere Informationen über diesen Themenkomplex sind u.a. auch im Internet unter :</p> <p>http://www.bavweb.de/metabolon.html</p> <p>sowie</p> <p>http://www.regionale2010.de/de/projekte/garten_der_technik/index.html</p> <p>abrufbar.)</p> <p>Frau Lichtinghagen-Wirths erläutert, dass neben dem Projektansatz :metabolon auch ein Antrag für die Aufnahme in die Projektgruppe „nachhaltige Gewerbegebiete“ gestellt wurde und dem Landesumweltminister vorliege.</p> <p>Nach den Ausführungen wird die Sitzung zwecks Besichtigung des Deponiegeländes inkl. der Vergärungs- und Kompostieranlage, der Versuchsfläche für den Miscanthusanbau sowie der höchsten, im Bereich des bereits abgedeckten Deponieareals gelegenen, Stelle der Deponie unterbrochen.</p> <p>Nach der Besichtigung bedankt sich der Ausschussvorsitzende bei Frau Lichtinghagen-Wirths für die Vorstellung des Projektes sowie die inte-</p>	

ressante und aufschlussreiche Besichtigungsmöglichkeit.

Herr Dreiner-Wirz merkt an, dass die vorgetragenen Ansätze für die weiteren Nutzungsmöglichkeiten der Leppe-Deponie sehr ansprechend seien, gibt jedoch zu bedenken, dass die Projekte langfristig, nachdem im Rahmen der Regionale 2010 große Investitionen getätigt würden, eventuell nicht in beabsichtigtem Maße weitergeführt werden könnten.

Des Weiteren fragt Herr Dreiner-Wirz an, ob die sich auf der Deponie befindlichen Schafe bezüglich Milch- und nach der Schlachtung auch Fleischqualität untersucht werden.

Frau Lichtinghagen-Wirths führt hierzu aus, dass die „Deponieschafe“ durch entsprechende Abdichtungen keinen Kontakt mit der Rostasche hätten. Auch die Stäube, welche im Übrigen auf der anderen Deponieseite entstünden, würden durch regelmäßige Bewässerung reguliert.

Der Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, Herr Dr. Hans-Georg Franchy, erklärt, dass bereits in der Vergangenheit Untersuchungen über Rückstände erfolgten. Er habe sich zudem vorgenommen, auch aktuell Proben zu nehmen.

Herr Willmer kann ergänzend von ebenfalls auf einer Deponie lebendem Dammwild berichten, bei dem das Fleisch als vollkommen unbedenklich beprobt wurde.

Herr Lambeck möchte wissen, ob man das Deponiegas nicht verflüssigen und zum Beispiel als Energie für das Autofahren benutzen könnte.

Frau Lichtinghagen-Wirths erklärt, dass sich die diesbezügliche Forschung noch in den Anfängen befinde.

Herr Lambeck vertritt die Auffassung, dass der Standort für ein Heizwerk am besten dort platziert sei, wo die Abwärme produziert wird.

Frau Lichtinghagen-Wirths erklärt diesbezüglich, dass der nächste hierfür geeignete Standort der Industriepark Lindlar-Klause sei, aber auch diese Entfernung einen erheblichen Transportweg darstelle.

Herr Dreiner-Wirz merkt an, dass im Vortrag ein wichtiger Kooperationspartner, die Bauleitplanung der Gemeinde Lindlar, nicht angesprochen worden sei.

Der dortige Bau- und Planungsausschuss habe in der letzten Sitzung einstimmige Befürwortung der derzeitigen Planungen signalisiert.

Reinhold Müller erklärt, dass sich das Verhältnis zwischen der Gemeinde Lindlar und dem BAV bekanntermaßen nach vielen Jahren des Streits entspannt habe.

Frau Lichtinghagen-Wirths dankt für den Hinweis des Herrn Dreiner-

	<p>Wirz. Richtig sei, dass lange Zeit eine angespannte Lage zwischen der Gemeinde Lindlar und dem BAV bestand. Um so erfreulicher sei für sie der einstimmige Beschluss des Bau- und Planungsausschusses gewesen, das Projekt zu unterstützen.</p> <p>Gemeinsam mit den Gemeinden Engelskirchen und Lindlar habe man entsprechende Schritte eingeleitet. Nach ca. einem Jahr habe auch die Bezirksregierung die Zustimmung zum Gebietsänderungsplan gegeben. Nun gelte es, einen entsprechenden Bebauungsplan aufzustellen.</p> <p>Es melden sich noch mehrere Ausschussmitglieder zu Wort, die zusammenfassend ein positives Resümee zu den Planungen ziehen.</p> <p>Abschließend dankt der Ausschussvorsitzende nochmals der Geschäftsführerin des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes für die aufschlussreichen Darstellungen.</p>
--	---

Zu TOP 3:	Fortsetzung der Landschaftsplanung im Oberbergischen Kreis ab 2006/2007	0187/2006/V
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende bittet den zuständigen Amtsleiter Herrn Uwe Stranz weitere Erläuterungen zu dem Sachverhalt zu geben.</p> <p>Herr Stranz erklärt, dass die Thematik der Fortsetzung der Landschaftsplanung im Oberbergischen Kreis ab 2006/2007 in der letzten Ausschusssitzung am 18.05.2006 vertagt worden sei, da eine Umfrage zu den Wünschen der Ratsgemeinden zum damaligen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen war.</p> <p>Zu dem Ergebnis der Umfrage erklärt der Amtsleiter des Amtes für Kreis- und Regionalentwicklung, dass sich mittlerweile auch die beiden Städte Wipperfürth und Gummersbach eindeutig für einen zeitnahen Fortgang der Landschaftsplanung ausgesprochen hätten. Die Stadt Wipperfürth beabsichtige zudem, das Instrumentarium der Landschaftsplanung auch im Rahmen der Regionalplanung zu nutzen.</p> <p>Auch die Stadt Wiehl habe ein großes Interesse an einer zeitnahen Realisierung der Landschaftsplanung bekundet.</p> <p>Der Landschaftsplan Nr. 8 Hückeswagen liege derzeit bei der Bezirksregierung Köln zur Genehmigung vor.</p> <p>Zusammenfassen dürfe festgestellt werden, dass sich alle Kommunen für die Landschaftsplanung ausgesprochen hätten.</p>	

Bezüglich der Finanzierung zeichne sich trotz absoluter Mittelknappheit ein neues Förderungskonzept ab.

Herr Schramm fragt nach, ob dies bedeute, dass die Landesregierung die Förderung der Landschaftsplanung unverändert fortführen wolle.

Herr Stranz erläutert, dass es bereits eine diesbezügliche Zusage des Landes gebe. Allerdings seien bereits zwei Änderungen absehbar :

- 1) Die Einfügung einer sog. Experimentierklausel eröffne neue Wege
- 2) Die Änderung des Anzeigeverfahrens.

Herr Schramm findet, dass diese positive Entwicklung sicherlich von dem gesamten Ausschuss oder zumindest von dem überwiegenden Teil der Ausschussmitglieder begrüßt werden kann.

Der Ausschussvorsitzende unterstreicht, dass sich der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen immer für die Landschaftsplanung im Oberbergischen Kreis ausgesprochen habe.

Herr Dreiner-Wirz stellt eine Frage zur Geschäftsordnung und möchte wissen, ob die Befangenheitsregelung auch zu diesem Tagesordnungspunkt gelte. Des Weiteren fragt er an, ob bezüglich der Unterschutzstellung von Baumreihen und Alleen eine diesbezügliche Festschreibung in neu aufzustellenden Plänen erfolge.

Der Ausschussvorsitzende stellt klar, dass die Befangenheitsregelung nicht für den Beschluss Nr. 1 gelten könne.

Herr Stranz erklärt, dass die Alleen derzeit ein gewisses Gewicht bei der Landesregierung haben. Es werden daher dringend Maßnahmen gesucht. Zumeist würde die Realisierung an fehlenden Flächen am Straßenrand scheitern, da nur der unmittelbare Randbereich mit zum Straßenkörper gehöre und deshalb zunächst mit dem jeweiligen angrenzenden Grundstückseigentümer zu verhandeln ist.

Man sei aber derzeit dabei neue geeignete Flächen zu suchen.

Herr Lambeck kann, obwohl ihm bewusst ist, dass die Gelder knapp sind, nicht nachvollziehen, warum es nun möglich sei, dass Ersatzgelder, welche als Entschädigung für Eingriffe in die Natur geleistet werden, zum Teil für Verwaltungshandeln aufgewandt werden dürfen.

Herr Stranz, der in dieser Aussage eine weitgehende Übereinstimmung mit den Meinungen der Naturschutzverbände sieht, erläutert, dass die Mittel für den Eingriffsausgleich nur für externe Ausgaben, nicht aber für Kosten der Verwaltung verwandt werden.

	Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherfragen empfiehlt dem Kreisausschuss / Kreistag einstimmig folgende Beschlüsse zu fassen
--	--

Beschluss Nr. 1:

Der Kreistag beschließt die Beibehaltung der laut Beschluss vom 14.05.1986 vorgesehenen und nachfolgend dargestellten Reihenfolge der Planverfahren.

Landschaftsplan Nr.	Bezeichnung	Status
1	Marienheide/Lieberhausen	rechtskräftig
2	Lindlar/Engelskirchen	rechtskräftig
3	Bergneustadt/Eckenhagen	rechtskräftig
4	Nümbrecht/Waldbröl	rechtskräftig
5	Waldbröl/Morsbach	rechtskräftig
6	Wipperfürth	Aufstellungsbeschluss vom 15.10.1987
7	Engelskirchen	rechtskräftig
8	Hückeswagen	bei der Bez.-reg. zur Genehmigung
9	Wiehl	Kein Aufstellungsbeschluss
10	Wiehltalsperre (Reichshof-Süd)	Kein Aufstellungsbeschluss
11	Radevormwald	Kein Aufstellungsbeschluss
12	Gummersbach	Kein Ausstellungsbeschluss

sowie

Beschluss Nr. 2 :

Der Kreistag beauftragt die Verwaltungsführung mit der Erarbeitung eines Planentwurfs des Landschaftsplanes Nr. 6 „Wipperfürth“ zur Durchführung der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 27a und 27b Landschaftsgesetz NW.

Zu TOP 4:	Anträge	
	Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.	

Zu TOP 5:	Anfragen	
	Herr Müller teilt mit, dass unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 eine Fraktionsanfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 20.08.2006 vorliegt, welche die Thematik von „Ablagerungen von Straßenaufbruch in oberbergischen Wäldern“ zum Gegenstand hat.	

Zu TOP 5.1:	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.08.2006: "Ablagerungen von Straßenbauabfällen in oberbergischen Wäldern"	0193/2006/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende erteilt zunächst Herrn Helmut Schäfer das Wort, um die Anfrage weitergehend zu erläutern.</p> <p>Herr Schäfer erklärt ergänzend zu der schriftlichen Anfrage, dass viele Anwohner überrascht von den Maßnahmen der Bitumenablagerungen im Wald seien.</p> <p>Die Waldwege im Bereich „Hohe Warte“ seien vorher bereits in einem sehr guten Zustand gewesen. Da die Bitumenabfälle in einer sehr dicken Schicht aufgetragen würden, käme es darüber hinaus an heißen Tagen auch zu Geruchsbeeinträchtigungen.</p> <p>Da sich viele Spaziergänger von den Maßnahmen beeinträchtigt fühlen, möchte er gerne von der Forstbehörde sowie der Kreisverwaltung erfahren, ob es bei der Aufbringung von immerhin 15.000 Tonnen bituminösen Materials Genehmigungen und Auflagen gäbe, z.B. wie dick und breit die Schicht angelegt werden darf.</p> <p>Insgesamt könne man den Eindruck gewinnen, dass hier nicht der Waldwegebau im Vordergrund stehe, sondern die Entsorgung.</p> <p>Herr Dr. Dickschen antwortet, dass die vorgelegten Aufnahmen zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt aufgenommen worden seien. Zum einen sei unbestritten, dass frisch aufgetragenes, bituminöses Material in den ersten Wochen bei hohen Temperaturen zu Geruchsbeeinträchtigungen führe.</p> <p>Des Weiteren sei man zum Zeitpunkt der Aufnahmen unmittelbar in der Ausführungsphase gewesen.</p> <p>Mittlerweile sei die gesamte Auflage verteilt und weiter zerkleinert worden.</p> <p>Der monierte Zustand sei so nicht mehr vorhanden.</p> <p>Herr Dr. Dickschen erklärt, dass für eine Genehmigung in vorliegender Form die alleinige Zuständigkeit der Forstverwaltung gegeben sei und es lediglich eine Mitwirkung durch Dienststellen der Kreisverwaltung gebe.</p> <p>Er teilt mit, dass er Rücksprache mit Herrn Dieck, Forstamt Wipperfürth, gehalten habe. Dieser habe erklärt, dass die in Rede stehenden Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt worden seien. Auch eine Nachfrage bei dem Kurator des Stift Ehreshoven, Herrn Deselaers, habe er-</p>	

geben, dass es unwirtschaftlich sei, wenn das Material zu dick aufgetragen würde. Da das verwandte Material eine gute Qualität aufweist, könne man damit weite Strecken befestigen.

Herr Helmut Schäfer ist der Auffassung, dass das Bitumen zum Zeitpunkt der Bildaufnahmen am 06.08.2006 bereits gewalzt gewesen sei und dennoch, insbesondere im Randbereich, große Stücke erkennbar waren. Er wiederholt seine Auffassung, dass hier die Abfallentsorgung im Vordergrund stehe, da die Wege in einem guten Zustand waren.

Herr Reinhold Müller ist sich sicher, dass sich die Waldwege im Bereich Engelskirchen-Loope keineswegs in einem guten Zustand befunden hätten.

Herr Dr. Dickschen legt aktuelle Fotos vom 29.08.2006 vor, welche den Bereich „Hohe Warte“ zeigen. Es sind keinerlei Grobmaterialien oder unverteilte Materialanhäufungen erkennbar. Die Fotos dokumentieren vielmehr eine ordnungsgemäße Ausführung des Waldwegebaus.

Herr Lambeck weiß, dass Asphaltfräsgut in jedem Falle beprobt wird, um zu untersuchen ob es bituminös oder teerhaltig ist und insofern von beprobtem Material keine Gefahr für die Umwelt ausgeht.

Herr Kuech merkt an, dass die Stadt Hückeswagen Fräsgut zwischenlagert, um dieses später für den Wegebau zu nutzen. Es handele sich somit um ein Wirtschaftsgut.

Herr Eßer erklärt abschließend, dass er die gesamte Diskussion für nicht fruchtbar halte. In Rede stehe Material, welches beprobt und für unbedenklich erachtet wurde. Zudem handele es sich bei dem für die Bauausführungen verantwortlichen Kurator Herrn Deselaers um jemanden, der sicherlich keine unrechtmäßigen Handlungen vornehmen würde.

Herr Dreiner-Wirz nimmt die Diskussion zum Anlass nachzufragen, was mit dem Asphaltfräsgut aus den im Jahre 2005 durchgeführten Straßenbaumaßnahmen im Bereich der L 97 zwischen Hartegasse/Steinenbrücke und Frielingsdorf sowie der L 302 zwischen Bühlstahl und Wipperfürth-Dohrgaul geschehen sei.

Er habe gehört, dass Mitarbeiter der ausführenden Firmen Anwohner angesprochen hätten, ob diese nicht Asphaltfräsgut für den privaten Wegebau nutzen möchten.

Er fragt deshalb an, ob das Material beprobt wird, ob die Firmen überwacht würden und wo das Material landet.

Da der Sachverhalt in der Sitzung nicht abschließend aufgeklärt werden kann, will die Verwaltung dies im Nachgang tun und das Ergebnis mitteilen.

	(Die mittlerweile erfolgten Nachforschungen haben ergeben, dass bei beiden Maßnahmen lediglich bituminöses Fräsgut, ohne Teeranteile (Europäischer Abfallschlüssel Nr. 170302), aufgenommen und weiterverwendet wurde.)
--	---

Zu TOP 6:	Mitteilungen	
	Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.	

B Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 7:	Anträge	
	Herr Reinhold Müller stellt fest, dass auch für den nichtöffentlichen Teil keine Anträge vorliegen.	

Zu TOP 8:	Anfragen	
	Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass keine Anfragen für den nicht-öffentlichen Sitzungsteil eingegangen sind.	

Zu TOP 9:	Mitteilungen	
	Es liegen keine Mitteilungen vor.	

Reinhold Müller
- Vorsitzende/r -

Helmut Schäfer
- Ausschussmitglied -

Tobias Wieber
- Schriftführer/in -

Gesehen:
Hagen Jobi
- Landrat -

Dr. Christian Dickschen
- Dezernent -